

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/91

12. Mai 1977

Schnellbrüterforschung Überdenken

Die Kompetenz des Parlaments stärken

Von Erwin Stahl MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschub für
Forschung und Technologie

Seite 1 und 2 / 72 Zeilen

Einkommensermittlung bei BAföG gerechter gestalten

Zahlreiche Ungereimtheiten bei Gewährung von BAföG-
Leistungen

Von Carl Ewen MdB

Mitglied des Finanzausschusses des Bundestages

Seite 3 / 44 Zeilen

Rassismus wird nicht exportiert!

Deutsche können zum Aufbau eines unabhängigen Namibia
beitragen

Von Brigitte Erler MdB

Stellv. Mitglied des Bundestagsausschusses für
wirtschaftliche Zusammenarbeit

Seite 4 / 43 Zeilen

Forum für die bildungspolitische Diskussion

SPD-Fachkonferenz erörtert in Freiburg Fragen der
Bildungspolitik

Seite 5 / 43 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Heuresbelle 2-10, 5308 Bonn 12
Postfach: 180 400
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 21 92 26/28
Telex: 08 88 840-46 pphn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölnr Straße 106-112, Telefon: 37 66 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Schnellbrüterforschung überdenken

Die Kompetenz des Parlaments stärken

Von Erwin Stahl MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Forschung und Technologie

Der amerikanische Präsident Carter hat in seiner Rede am 20. April vor den beiden Häusern des US-Kongresses über Fragen der friedlichen Nutzung von Kernenergie zwei wichtige Feststellungen getroffen, die, bei Nähe gesehen, auch für unser Land bei der künftigen Diskussion über die Nutzung der Kernenergie nicht ohne Nachhall bleiben werden.

Er hat einmal die Notwendigkeit des Ausbaus der Kernkraftwerke betont und zum anderen den Stopp der raschen Ausweitung der Brütertechnologie, einer besonderen Art fortgeschrittener Reaktoren, die Plutonium erzeugen und als Brennstoff verbrauchen, angekündigt. Eine neue Schnellbrüter-Demonstrationsanlage soll in den USA vorerst nicht gebaut werden. Damit wurde von Präsident Carter die Konsequenz aus den Vorbehalten gezogen, die nach wie vor gegenüber der Sicherheit und Wirtschaftlichkeit des Schnellbrüterreaktors sowie der Notwendigkeit, eine Plutoniumindustrie zu schaffen, bestehen.

In der Bundesrepublik werden zur Zeit mit erheblicher Förderung aus öffentlichen Mitteln zwei fortgeschrittene Reaktorlinien verfolgt: Der Hochtemperaturreaktor und der Schnellbrüterreaktor. Für beide Linien sind Demonstrationskraftwerke im Bau. Das Energieforschungsprogramm der Bundesregierung sieht vor, daß der Prototyp des Hochtemperaturreaktors etwa 1979, der des schnellen Brüterreaktors 1982 fertiggestellt ist.

Der Ausschuß für Forschung und Technologie des Deutschen Bundestages hat mehrfach, zuletzt bei den Beratungen des Bundeshaushalts 1977, seine Besorgnis über die Kostensteigerung bei der Förderung der Reaktorentwicklung geäußert und dezidiert gefordert, daß beiden fortgeschrittenen Reaktorlinien bei ihrer Entwicklung gleich große Chancen eingeräumt werden müssen.

Überproportionale Kostensteigerungen beim Schnellbrüterprogramm dürfen keineswegs zu Restriktionen bei der Entwicklung des Hochtemperaturreaktors führen.

Der jetzt in den USA begonnene Prozeß, das gesamte Schnellbrüterprogramm zu überdenken, sollte auch in der Bundesrepublik zu weiteren Überlegungen Anlaß geben. Diese werden jedoch nicht dazu führen können, begonnene Projekte zu stoppen und bereits eingegangene Verpflichtungen aufzukündigen. Der Prozeß des Überdenkens in der Bundesrepublik könnte vielmehr damit beginnen, keine neuen Verpflichtungen einzugehen und keine weiterführenden Projekte einzuleiten, ehe nicht die Zweifel an der Sicherheit und Wirtschaftlichkeit und der Notwendigkeit, Schnellbrüterreaktoren jetzt bereits zur kommerziell verwehrtbaren Serienreife zu entwickeln, ausgeräumt sind. Es scheint durchaus möglich, daß wir auch in der Bundesrepublik bei der Entwicklung von Schnellbrüterreaktoren langsamer treten.

Dabei ist, auf die Lage der Bundesrepublik bezogen, sicherlich nicht die gleiche Ausgangsbasis wie in den USA vorhanden, die über genügend Uranvorräte verfügen, um Leichtwasserreaktoren über einen längeren Zeitraum versorgen zu können. Sie brauchen deshalb auch vorerst nicht der Wiederaufbereitung von Brennelementen Gewicht beizumessen, um das noch daraus zu gewinnende Uran und Plutonium einer neuen Verwertung als Brennstoff für Reaktoren zuzuführen. Es ist unbestritten, daß der Brutreaktor dazu beitragen kann, die Uranvorräte besser auszunutzen und die Versorgungssicherheit mit Brennstoff zu strecken.

Bei dem Entscheidungsprozeß über das künftige Vorgehen bei der Brüterentwicklung muß und kann das Parlament sehr viel intensiver als bisher beteiligt werden. Es geht künftig nicht mehr an, daß das Ministerium für Forschung und Technologie ohne ausdrückliche Billigung durch das Parlament allein gestützt auf die jährlichen Ermächtigungen im Bundeshaushalt ein Milliardenprogramm durchführt, das der zuständige Fachausschuß lediglich zur Kenntnis nehmen kann, ohne daß er die Möglichkeit hat, ausführlich darüber zu sprechen und mitzuentcheiden.

Ein erster Schritt zu einer größeren Öffnung gegenüber dem Parlament ist jetzt getan worden, indem das Bundesministerium für Forschung und Technologie auf Anforderung des Ausschusses eine pro-kontra-Argumentation zur Entwicklung und Markteinführung fortgeschrittener Reaktorlinien in der Bundesrepublik erstellt hat. Die künftige Entwicklung dieser wichtigen Technologie der Zukunft darf nicht allein von Haushaltsentscheidungen über die Förderungsbeträge festgesetzt werden, sondern muß ebenso von Entscheidungen über die inhaltliche Gestaltung des Programms, für das die Förderungsmittel ausgegeben werden, bestimmt werden. Das Parlament muß stärker als bisher in den Entscheidungsprozeß eingeschaltet sein. Wie dies geschehen kann, wird die weitere Diskussion über den schnellen Brüter und den Hochtemperaturreaktor zeigen.

Es ist abschließend mit Bedauern festzustellen, daß die teils unsachlichen und widersprüchlichen Verlautbarungen, die der Öffentlichkeit präsentiert wurden, der weiteren Beratung nicht dienlich sind und nur unnütze Verwirrung gestiftet haben.

(-/12.5.1977/kr/ja)

Einkommensermittlung bei BAföG gerechter gestalten

Zahlreiche Ungereimtheiten bei Gewährung von BAföG-Leistungen

Von Carl Ewen MdB

Mitglied des Finanzausschusses des Bundestages

Zweifellos ist die Unterstützung durch Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) in den letzten Jahren für eine Vielzahl von Schülern und Studenten zu einer nicht mehr wegzudenkenden Hilfe zum beruflichen und sozialen Aufstieg geworden. Wie eine jetzt vorgelegte Bilanz des Bundesbildungsministeriums ausweist, hat sich in den letzten drei Jahren nicht nur die Zahl der Geförderten deutlich erhöht (bei Schülern von 230.000 auf 270.000; bei Studenten von 310.000 auf 320.000), sondern auch der durchschnittlich gezahlte Betrag ist spürbar angestiegen (bei Schülern von 190 DM auf 245 DM; bei Studenten von 325 DM auf 420 DM).

Trotz dieser Erfolge sollte aber nicht vergessen werden, daß der Grundidee des Gesetzes, der Förderung der wirtschaftlich Schwachen, so lange nicht in letzter Konsequenz Rechnung getragen wird, wie es bei der Ermittlung des förderungswürdigen Personenkreises zu Ergebnissen kommen kann, die den tatsächlichen sozialen Verhältnissen der Antragsteller nicht entsprechen.

Immer wieder äußern die direkt Betroffenen lautstark ihr Unverständnis darüber, daß Antragsteller, die bei gleichen Familienverhältnissen nachweisbar über ein höheres Einkommen als sie selber verfügen, BAföG-Leistungen in Anspruch nehmen können, während ihr eigener Antrag wegen angeblich zu hohen Einkommens abgelehnt wurde.

Daß es tatsächlich zu solchen Ergebnissen kommen kann, die gewiß nicht dazu dienen, das Vertrauen der Bevölkerung in die Arbeit des Gesetzgebers zu fördern, haben neue Berechnungen nun eindeutig nachgewiesen. Das Ergebnis dieser Berechnungen lautet zusammengefaßt: Derjenige Steuerzahler, der die meisten Möglichkeiten in Anspruch nimmt, sein Bruttoeinkommen und damit seine Steuerschuld zu mindern (z.B. durch 7b-Abschreibungen, erhöhte Werbungskosten), steht sich bei der Beanspruchung von BAföG-Leistungen relativ am günstigsten.

Zu welchen Ungereimtheiten die derzeitige Methode der BAföG-Berechnung führt, zeigt m.E. auch besonders deutlich das krasse Beispiel eines Erwerbstätigen, der trotz eines Einkommens von 44.000 DM in den Genuß von jährlich 9.528 DM BAföG-Leistungen kommen kann, weil ein Betrag von rd. 17.000 DM seines Einkommens (Zuschläge für Nacht- und Sonntagsarbeit u.ä.) bei der Berechnung seines Einkommens nicht berücksichtigt wird.

Um diese Mißstände abzubauen und die dadurch freizuwerdenden Gelder an solche Antragsteller vergeben zu können, die nicht nur auf dem Papier, sondern tatsächlich zur Finanzierung ihrer Ausbildung auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, sollte man sich Gedanken über eine Änderung der Berechnungsgrundlage für die Einkommensermittlung bei BAföG-Antragstellern machen.

Wie wäre es zum Beispiel mit einer Berechnung ähnlich wie bei der Ermittlung des Wohngeldanspruchs? Danach würden von dem Gesamteinkommen des Antragstellers bestimmte Pauschbeträge abgezogen, während andere Ausgaben (z.B. freiwillige Versicherungen, Belastungen durch Kauf eines Hauses), auch wenn sie das Einkommen tatsächlich schmälern, nicht berücksichtigt werden.

Rassismus wird nicht exportiert!

Deutsche können zum Aufbau eines unabhängigen Namibia beitragen

Von Brigitte Erler MdB

Stellv. Mitglied des Bundestagsausschusses
für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die Bundesregierung hat klar und eindeutig Gerüchte dementiert, die seit einiger Zeit immer wieder aufgetaucht waren: Deutsche aus Namibia sollten mit Hilfe deutscher Steuergelder - es war von einer Summe von bis zu 400 Millionen DM die Rede - dazu veranlaßt werden, in einen südamerikanischen Land überzusiedeln. Zuletzt konzentrierte sich der Verdacht auf Bolivien, nachdem von dortigen Regimegegnern entsprechende Befürchtungen geäußert worden waren.

Ich bin froh, daß solchen Verdächtigungen nun der Boden entzogen ist. Worum geht es? In Namibia leben zur Zeit rund 25 000 Deutschstämmige, davon etwa ein Viertel mit deutschen Pässen. Die meisten leben dort wegen der für Weiße so günstigen Bedingungen und nehmen dafür zumindest in Kauf - viele unterstützen und propagieren es sogar -, daß die schwarze Mehrheit der Bevölkerung unterdrückt und ausgebeutet wird. Niedrigstlöhne, erzwungene Wanderarbeit, politische Gefangene - das ist der Alltag schwarzer Afrikaner in diesem Land.

Man kann argumentieren, es wäre ein wesentlicher Beitrag zur Befreiung der schwarzen Afrikaner, wenn man die Rassisten mit Geldversprechen aus dem Lande lockt und damit einen friedlichen Übergang zur Mehrheitsregierung erleichtert. Doch wie sollten die Afrikaner es verstehen, wenn wir Menschen große Summen zur Verfügung stellen, die seit Jahr und Tag Privilegien in Namibia genießen und die zum großen Teil mit Hilfe schwarzer Arbeiter zu Wohlstand und Reichtum gekommen sind? Wie sollten sie es verstehen, daß wir diese Privilegierten veranlassen wollten, Reichtümer außer Landes zu schaffen, die ein unabhängiges Namibia bitter nötig haben wird? Wie sollte die gesamte Dritte Welt es verstehen, wenn wir mit Steuergeldern dafür sorgen wollten, daß Menschen ungestört von einer rassistischen Gesellschaft in eine andere übersiedeln können mit der Vorstellung, daß ihnen die Umstellung von einer schwarzen unterdrückten Mehrheit auf eine indianische in Bolivien leicht fallen werde?

Aufgabe der Bundesrepublik kann es nicht sein, Leuten, die sich ein Leben unter einer schwarzen Regierung nicht vorstellen können, ihren Rassismus auch weiterhin zu ermöglichen. Jeder Deutsche, der nicht in einem freien Namibia leben will, hat ja jederzeit die Möglichkeit auszuwandern und auch in die Bundesrepublik zurückzukehren. Die Befreiungsbewegung Namibia, die SWAPO, hat immer wieder deutlich gemacht, daß sie keinen Rassismus in umgekehrter Richtung praktiziert und praktizieren wird. Die Weißen werden es sich nur gefallen lassen müssen, daß nicht schon ihre Hautfarbe sie zu Privilegierten macht.

Wenn die Bundesregierung ihre besondere Verantwortung für die ehemals deutsche Kolonie wahrnehmen will, so sollte sie dort lebenden Staatsbürgern klarmachen, wie diese zu einem möglichst baldigen Übergang zu einer Mehrheitsregierung beitragen können und wie sehr sie zum Aufbau eines unabhängigen, gemischtrassigen Namibia beitragen können. (-/12.5.1977/kr/ben)

Forum für die bildungspolitische Diskussion

SPD-Fachkonferenz erörtert in Freiburg Fragen der Bildungspolitik

Als eine der ersten Konsequenzen, die aus den Erfahrungen des vergangenen Wahlkampfes gezogen worden sind, hat der SPD-Parteivorstand am 10. Dezember 1976 beschlossen, die Vertrauensarbeit im Bildungsbereich durch die Konstituierung einer Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokraten im Bildungsbereich (AfB) zu verbessern. Dieser Beschluß geht auf einen entsprechenden Antrag der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer (AsL) zurück, die damit in dieser neuen Arbeitsgemeinschaft aufgegangen ist.

In dieser Arbeitsgemeinschaft sollen diejenigen mitarbeiten können, die von den Problemen der Bildung und Erziehung betroffen sind, also z.B. Eltern, Lehrer, Ausbilder, Erzieher und Sozialpädagogen, aber auch Auszubildende, Schüler, und Studenten. Anders als in einigen anderen Arbeitsgemeinschaften soll in der AfB versucht werden, die Arbeit nicht an den Problemen bestimmter Gruppen zu orientieren, sondern am Sach- und Problembereich Bildung und Erziehung. Die AfB soll also ein innerparteiliches Forum für die bildungspolitische Diskussion und Willensbildung werden. Um diese Probleme des Aufbaus einer solchen Organisation beraten zu können und gleichzeitig die bildungspolitische Diskussion in der Partei mit neuen Initiativen zu versehen, findet vom 13. bis 15. Mai in Freiburg eine außerordentliche Konferenz der AfB statt, zu der etwa 200 Teilnehmer erwartet werden.

Da mit dem Aufbau der AfB gerade erst begonnen worden ist, wird auf dieser Bundeskonferenz noch kein Bundesvorstand gewählt werden. Das wird erst auf der nächsten ordentlichen Bundeskonferenz geschehen, die dann stattfinden wird, wenn der Aufbauprozeß vorerst abgeschlossen ist. Für die Übergangszeit wird der Parteivorstand einen kommissarischen Bundesvorstand einsetzen, der auf Grundlage der Freiburger Beschlüsse den Aufbau auf Bundesebene koordiniert. Der bisherige Vorstand, der als ehemaliger AsL-Vorstand die Geschäfte auf Bundesebene bis zur Konferenz fortgeführt hat, tritt mit dem Rechenschaftsbericht von Otfried Galz zurück.

In Freiburg soll in "erster Lesung" ein Programm kurz- und mittelfristiger Maßnahmen beraten werden, mit denen zur Lösung gegenwärtiger und bevorstehender Probleme in der Schule sowie der Berufsausbildung im Dualen System und der Hochschulen beigetragen werden soll. In einem "Grundsatzprogramm" wird gleichzeitig der Versuch unternommen, die langfristigen Zielvorstellungen sozialdemokratischer Bildungspolitik fortzuschreiben, ohne die gegenwärtigen Entwicklungen dabei unberücksichtigt zu lassen.

Auch wird es insbesondere darum gehen, die sozialdemokratische Position in der Diskussion um das Verhältnis von Bildungs- und Beschäftigungssystem zu verdeutlichen und unter Einbeziehung von Arbeitsmarktpolitikern die Beratungen des Hamburger Parteitages vorzubereiten. Das Kernstück sozialdemokratischer Bildungsreform, die Gesamtschule, wird einer kritischen Prüfung unterzogen. Es wird darum gehen, Durchsetzungsstrategien zu entwickeln, die neben der Arbeit in Parlamenten und Rathäusern vor allem die Überzeugungsarbeit mehr als bisher in den Mittelpunkt stellen.

Michael Weichert
(-/12.5.1977/kr/ja)